



ten würde, wenn sie, wie vor dem ersten Weltkrieg, jeden Monat wieder eine Woche lang arbeiten müßten, um den Hausbesitzer ein arbeitsloses Einkommen zu sichern. Diese Pläne der Aufhebung des Mieterschutzes sind vorläufig an dem geschlossenen Widerstand der Arbeiterschaft gescheitert, ebenso wie der Versuch der ÖVP, einen generellen Mietzuschlag von 27,50 Schilling pro Wohnung bei einem monatlichen Einkommen von 331 bis 2000 Schilling.

### Die Wohnungspolitik unseres Parteivorstandes

Welche Politik schlägt nun unsere Partei ein? Tritt sie für eine wirklich sozialistische Lösung der Wohnungsfrage ein? Die Wohnungspolitik unseres Parteivorstandes beruht in ihrem Kern darauf, durch die Einhebung und Erhöhung von Massensteuern den öffentlichen und privaten Wohnhausbau zu fördern. Da die Steuerbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger heute aber schon gegenüber den Vorkriegsjahren äußerst drückend ist, so laufen hier verhältnismäßig wenig Mittel ein. Die Gesamtkosten für den Wohnungsbau werden auf insgesamt 11 Milliarden Schilling geschätzt. Durch die Umlegung von 5% Besatzungskostensteuer für Wohnbauzwecke, zusätzlich der Mietzinserhöhung vom 1. Juli werden nur 190 Millionen Schilling pro Jahr aufgebracht, die zum größten Teil für den Wiederaufbau des privaten Hausbesitzes dienen. Gemessen an der Größe der Aufgabe, ist das ein lächerlich geringer Betrag. Die Gemeinde Wien wendet z.B. ca 300 Millionen Schilling im Jahr für den Wohnungsbau auf, damit können 4.500 Wohnungen gebaut werden. Während alle diese Mittel in erster Linie durch Massensteuern aufgebracht werden, leisten die Kapitalisten, die in den vergangenen Jahren enorme Gewinne eingeheimst haben, überhaupt keinen nennenswerten Beitrag zum Wohnungsbau. Im Gegenteil, sie leben in Saus und Bräus, bauen sich neue Villen und kaufen sich die teuersten Luxusautos, während die Arbeiterkinder in verfallenden Baracken und Kellerlöchern hausen.

Das Gesetz, das nun nach zähem Packeln zwischen dem Parteivorstand und der ÖVP in diesen Tagen im Parlament beschlossen wurde, bringt als einzige "Lösung" der Frage wieder eine neuerliche Belastung der breiten Massen. Statt einer Reduzierung der Besatzungskostensteuer, wird der eingesparte Betrag in eine neue Steuer zum Zweck des Wohnbaus umgewandelt. Dadurch sollen jährlich ca. 100 Millionen Schilling eingebracht werden. Durch diese neue Maßnahme kann natürlich das Problem nicht ernsthaft gelöst werden. Das zeigt der Arbeiterschaft wieder, daß durch die Koalitionspolitik keine der entscheidenden Fragen im Interesse der Massen gelöst werden können. Die ÖVP konnte mit ihren eigentlichen Plänen in der Mietenfrage diesmal noch nicht durchdringen, obwohl der rechte Flügel Helmer, Koref, Schärf, in der Partei schon bereit war, den Wünschen der ÖVP auf halbem Weg entgegenzukommen. Nur der entschiedene Widerstand der Arbeiter, der Vertrauensmänner und der Sektionen hat die Pläne der ÖVP vereitelt. Dieser Widerstand zwang z.B. den Wiener Vorstand, eine Resolution zu beschließen, in der jede weitere Mietzinserhöhung und Durchlöcherung, die schließlich zur endgültigen Beseitigung des Mieterschutzes führen muß, entschieden abgelehnt wurde. Dem mußte sich schließlich auch der Parteivorstand beugen.

### Für eine sozialistische Lösung der Wohnungsfrage

Der "Sozialist" will nun in folgenden Punkten eine sozialistische Lösung der Wohnungsfrage zur Diskussion stellen:

1. Die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes und die planmäßige Verwendung des bestehenden Wohnraumes, ist eine entschädigungslose Enteignung und Kommunalisierung der gesamten

im Privatbesitz befindlichen Mietwohnhäuser. Durch diese Maßnahme soll auch eine planmäßige Verwaltung und Instandhaltung derselben im Interesse der überwältigenden Mehrheit der Mieter gesichert werden. Der private, kapitalistische Hausbesitz hat sich als unfähig erwiesen, die Wohnhäuser vor dem Verfall zu retten, und es kann den Mietern nicht zugemutet werden, mit ihren Geldern den privaten Hausbesitz wiederherzustellen und aufzuwerten.

2. Durch die Teilung von Großwohnungen und Villen, sowie die Beschlagnahme von Doppelwohnungen zugunsten der Wohnungslosen können sofort zehntausende neue Wohnungen als vorläufige Notmaßnahme freigemacht werden. Diese Maßnahmen sollen nach sozialen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Auf diesen Punkt weist übrigens auch Friedrich Engels in seiner Schrift "Zur Wohnungsfrage" hin, wo er dies als erste Maßnahme bezeichnet, um den schreiendsten Übeln mit den vorhandenen Mitteln abzuhelfen.
3. Um die nötigen Mittel zur Erstellung eines großzügigen Wohnbauprogramms zu beschaffen, ist eine progressive Besteuerung der grossen und größten Einkommen, sowie der Vermögen und des Luxus der Kapitalisten einzuführen. Die kleinen und mittleren Einkommen sind von dieser Besteuerung auszunehmen. Die Bemessungsgrundlage dieser Steuer darf nicht nur das "versteuerte Einkommen" sein, sondern das wirklich vorhandene Einkommen, das Vermögen und der tatsächliche Lebensaufwand. Durch diese Maßnahme soll ein Teil der enormen, teilweise schon ins Ausland verschobenen Gewinne des Industrie-, Bank- und Handelskapitals für den sozialen Wohnungsbau herangezogen werden.
4. Um einen notwendigen Ausgleich der jetzt sehr stark variierenden Mietzinse, sowie die Aufhebung der derzeit herrschenden Ungleichheit zwischen Alt- und Neumietern herbeizuführen, fordern wir die Einführung gleicher, erträglicher und nur nach qualitativen Gesichtspunkten gestaffelter Zinse für alle Mietwohnungen. Wenn auch die Qualitätsunterschiede der Wohnungen bei der Mietzinsbildung im gegenwärtigen Zeitpunkt, so wie bei allen anderen Waren noch berücksichtigt werden müssen, so darf der Unterschied in der Zinsbemessung doch nicht so groß sein, daß dies in der Praxis für einen Teil der Arbeiter eine empfindliche Verteuerung der Lebenshaltung bedeutet. Durch diese Maßnahme soll verhindert werden, daß z.B. ein Arbeiter, der in einer mieterschutzfreien Wohnung wohnt, einen unvergleichlich höheren Zins zahlen muß, als derjenige, der das Glück hat, eine Mieterschutzwohnung zu besitzen. Deshalb muß der Mieterschutz auf alle Wohnungen, gleich ob Alt- oder Neubauten, ausgedehnt werden. Die Einführung gleicher und nur nach qualitativen Gesichtspunkten gestaffelter Mietzinse, darf zu keiner Senkung des Realeinkommens der Massen führen. Wenn diese Zinse zur Instandhaltung der Häuser nicht ausreichen, so müssen dazu die Mitteln durch einen Fond, der wie der Wohnbaufond gespeist werden muß, oder durch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter aufgebracht werden.

Um die Untermieter vor ungerechtfertigter Auswucherung zu schützen, sind die Preise von Untermieterwohnungen, auch von möblierten Zimmern, ebenfalls einer behördlichen Preisregelung zu unterziehen und auf das allgemeine Preisniveau abzustimmen. Die Untermieterwohnungen sind in den gesetzlichen Kündigungsschutz miteinzubeziehen.

Wir schlagen diese vier Punkte zur Lösung der Wohnungsfrage allen Genossen in der Partei, den Sektionen und der SJ zur Diskussion vor. Wir werden auch uns zugehende Diskussionsbeiträge zu dieser Frage in unseren nächsten Nummern nach Maßgabe des Raumes zur Veröffentlichung bringen.

Jede wirklich sozialistische Lösung der Wohnungsfrage kann nur durch den konsequenten Klassenkampf gegen die kapitalistischen Parteien, durch die Beseitigung des Kapitalismus erreicht werden. Eine solche Politik setzt aber vor allem den Bruch der Klassenzusammenarbeit unserer Parteiführung mit der ÖVP, den Bruch der Koalitionspolitik voraus. Nur durch eine kämpferische sozialistische Politik in allen entscheidenden Fragen kann der Weg zum Sozialismus freigemacht werden. Dafür kämpfen die sich um den "Sozialist" in der Partei und in der SJ gruppierenden Genossen. Damit wir uns in der Partei durchsetzen können, müssen uns alle aufrechten Sozialisten entschlossen unterstützen.

-xXx-

### DIE GEHEIMVERHANDLUNGEN MIT DER ÖVP

Die in unserer letzten Nummer aufgezeigten Geheimverhandlungen unserer Parteiführung mit der ÖVP über den Abschluß eines 4. Lohn-Preispaktes werden durch eine Rede des Justizministers Tschadek, die auf einer Bezirkskonferenz der Partei in Steyr gehalten wurde, bestätigt. Tschadek wies darauf hin, daß die laufenden Verhandlungen um eine neue Kursfestsetzung des Dollars (bisher wurde noch für lebenswichtige Einfuhren von Kohle, Getreide, Fleisch usw. der alte Kurs von 1 Dollar = 10 Schilling verrechnet), zu einer fühlbaren Verteuerung der Lebenshaltung und damit zu einer Senkung des Reallohnes führen muß. Tschadek sagte weiter, daß in diesem Falle eine Erhöhung der Löhne unvermeidlich wäre.

Bei den bisherigen Lohn- und Preisabkommen wurde die Arbeiterschaft und die Parteimitgliedschaft immer wieder vor eine vollzogene Tatsache gestellt. Sie hatte keine Möglichkeit, diese mit der kapitalistischen ÖVP abgeschlossenen Abkommen vor ihrer Beschlußfassung kritisch zu prüfen, oder auch abzulehnen. Alle bisherigen Lohn- und Preisabkommen brachten eine wesentliche Verschlechterung der Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Soll ein neuer Lohn-Preispaht, eine neue Welle von Preissteigerungen die Reallöhne noch weiter senken? Genossen, fordert Rechenschaft von euren Funktionären in den Sektionen und Gewerkschaften über die laufenden Verhandlungen. Schluß mit den Opfern der Arbeiter und Angestellten für den Wiederaufbau der "freien Wirtschaft"! Schluß mit der Rohoffensive der Kapitalisten am Realeinkommen der Massen! Die Arbeiter und Angestellten müssen endlich unsere Parteiführung zwingen, den Kampf um eine allgemeine Erhöhung der Reallöhne auf Kosten der Profite der Kapitalisten zu beginnen. Dies ist auch die einzig mögliche Politik, um die Massenkaufkraft zu heben und der Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten.

-xXx-

+++++  
+ L e s e n u n d w e i t e r g e b e n ! ! ! +  
+++++



ACHT PUNKTE ZUM KOMMENDEN PARTEITAG

In knapp zwei Monaten (2. - 4. September in Graz) findet der nächste Parteitag statt. Es ist daher jetzt schon notwendig, daß die brennendsten Fragen, mit denen sich der Parteitag beschäftigen muß, in den Sektionen und Jugendgruppen diskutiert und entsprechende Anträge vorbereitet werden. Wir oppositionellen Sozialisten stellen bei der Vorbereitung des Parteitages folgende Punkte in den Vordergrund:

1. Für die breiteste innerparteiliche Demokratie. - Veröffentlichung aller Anträge vor dem Parteitag in der Parteipresse oder in eigenen Broschüren, die allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden müssen. - Veröffentlichung der Protokolle des Parteitages. - Minderheitsrechte für Oppositionen (Vertretung in den führenden Organen, Herausgabe von eigenen Schriften im Rahmen der Partei). - Diskussions- und Redefreiheit - Stimmrecht nur für jene Delegierte, die von der Mitgliedschaft und den Vertrauensmännern gewählt wurden.
2. Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik zur Verbesserung der Lage der Massen. - Erhöhung der Reallohne auf Kosten der kapitalistischen Profite. - Regelmäßige Veröffentlichung des Lebenshaltungskostenindex durch die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften, wie vor 1934. - Kontrolle der Produktion und Verteilung durch die Betriebsräte und Gewerkschaften. - Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte - Einsicht in die Geschäftsbücher der Kapitalisten. - Kampf in- und außerhalb des Parlamentes gegen die kapitalistische Rauboffensive. - Gegen die Kartelle.
3. Für ein Kampfprogramm gegen die Arbeitslosigkeit. - Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung, d.h. die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeiter. - Öffentliche Lehrwerkstätten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter der Jugend. - Öffentliche Arbeiten und Bauten, zu denen die Mitteln durch Besteuerung der kapitalistischen Profite und des kapitalistischen Luxus aufgebracht werden müssen. - Konsequenter Kampf gegen den Kapitalismus, der die Grundursache der Arbeitslosigkeit ist.
4. Für eine sozialistische Wohnungspolitik. - Teilung von Großwohnungen und Villen zugunsten der Wohnungslosen. - Für die entschädigungslose Enteignung der Zinshäuser. - Für den sozialen Wohnhausbau, zu dem die Mittel durch Besteuerung der kapitalistischen Übergewinne und des kapitalistischen Luxus aufgebracht werden.
5. Für die konsequenteste Demokratie. - Demokratisierung der Verwaltung. - Demokratisierung der Bezirkshauptmannschaften. - Wiedereinführung der Geschworenengerichte. - Ersetzung der Berufsrichter durch Laienrichter bei Übertretungen und kleineren Vergehen. - Vollständige Trennung von Kirche und Staat. - Keine Steuergelder für Religionsgemeinschaften. - Kein Religionsunterricht an öffentlichen Schulen. - Keine konfessionellen Schulen. - Kostenloser Unterricht für Begabte an höheren Schulen. - Gegen das Bildungsprivileg der Reichen. - Gegen das Bundesheer - für eine Volksmiliz. - Für den Abzug aller Besatzungstruppen.
6. Gegen den volksdemokratischen Terror. - Für die Demokratie in der Arbeiterbewegung. - Gegen die bürokratische Bevormundung und Ausnützung der Arbeiterbewegung durch den Kreml. - Für ehrliche und sachliche Austragung der politischen Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung - gegen die politische Lüge und Verleumdung. - Für eine vom Kreml und Imperialismus unabhängige sozialistische Klassenpolitik. - Für den proletarischen Internationalismus.

7. Kampf gegen Reaktion und Faschismus. - Mobilisierung der Massen (und nicht nur der kapitalistischen Polizei) gegen die Provokationen des VdU. - Mobilisierung der Massen zur Verteidigung der von der Reaktion bedrohten demokratischen Rechte und Freiheiten. Errichtung von Ordnerorganisationen zum Schutz der Versammlungen und des Eigentums der Arbeiterorganisationen. - Der konsequente Klassenkampf gegen die Bourgeoisie ist der beste Kampf gegen Reaktion und Faschismus.
8. Schluß mit der Koalitionspolitik. - Schluß mit Geheimverhandlungen und Pöckerei des Parteivorstandes. - Schluß mit jeder Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. - Für eine sozialistische Regierung, die sich auf die Gewerkschaften und die übrigen Massenorganisationen der Arbeiterklasse stützt. - Für eine konsequente sozialistische Politik, die den Sturz der Bourgeoisie zum Ziele hat.

GENOSSEN, WAHLT NUR DELEGIERTE EURES VERTRAUENS!

-xXx-

+++++  
SPENDENAUSWEIS: Leopoldstadt - S 4.-  
+++++

+++++  
WAS WILL "DER SOZIALIST"?

DER SOZIALIST dient der Aufklärung und Erziehung der sozialistischen Arbeiterschaft.

DER SOZIALIST stellt sich die Aufgabe, mitzuhelfen am Aufbau einer ernstesten Linken in der Sozialistischen Partei.

DER SOZIALIST will in der Partei wieder den Geist des Hainfelder Programms wachrufen, der durch die Politik der gegenwärtigen Parteiführung verschüttet ist.

Lest und durchdenkt den SOZIALIST! Diskutiert über seine Ansichten mit anderen ehrlichen, aufrechten sozialistischen Genossen! Verbreitet seine Ideen in der Sozialistischen Partei weiter!

Helft dem SOZIALIST in seinem Kampf zur Durchsetzung einer konsequenten sozialistischen Arbeiterpolitik!

+++++